Schritte auf einem langen Weg

Kassandra hat nicht Recht behalten: Mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres haben offenbar fast alle Jugendlichen in den neuen Bundesländern einen Ausbildungsplatz. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in seiner Sitzung Mitte September im Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin die Bemühungen des Instituts gewürdigt, zu diesem Ergebnis beizutragen. Ob die Warner und Mahner für ihre düsteren Prognosen vom Frühjahr Schelte verdienen, mag aus Parteiensicht unterschiedlich beantwortet werden. Richtig bleibt jedoch, daß sich ohne frühzeitige Signale weder Politik noch Wirtschaft ausreichend bewegt hätten.

Hinter dem Augenblickserfolg einer zahlenmäßig ausreichenden Versorgung mit Ausbildungsplätzen dürfen jedoch die strukturellen Probleme des Zusammenwachsens der beiden Ausbildungssysteme in Ost und West nicht verborgen bleiben. Ein Drittel eines Jahrgangs wird in den neuen Ländern zunächst in außerbetrieblichen Einrichtungen ausgebildet. Dies ist jedenfalls kein Ersatz für die viel beschworene Ausbildung im dualen System. Es handelt sich vielmehr um einen Modellversuch von einer Größenordnung, wie ihn die alte Bundesrepublik nie erlebt hat. Dabei ist es nicht ganz unproblematisch, wenn die Kammern als zuständige Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz gleichzeitig Träger der Ausbildung sind. Und die Frage, ob sich die notwendige Ausbildungsbereitschaft bei den Arbeitgebern in den neuen Ländern entwickeln läßt, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihnen beträchtliche Ausbildungskosten vom Hals hält, ist noch nicht beantwortet. Da könnte ein Gewöhnungseffekt eintreten.

Beim Zusammenwachsen zweier Ausbildungssysteme geht es nicht nur darum, alles über den Leisten des sicher auch reformbedürftigen Berufsbildungssystems der bisherigen Bundesrepublik zu schlagen. Ich rate deshalb dazu, mindestens in drei Bereichen Erfahrungen aus der alten DDR ohne ideologische Scheuklappen auf denkbare Reformimpulse hin zu prüfen: im Bereich der schulischen Berufsvorbereitung, bei der Doppelqualifizierung in der Sekundarstufe II und beim höheren Anteil von jungen Frauen in gewerblich-technischen Berufen. Leider sind die Möglichkeiten für das Bundesinstitut für Berufsbildung in allen diesen Bereichen verfassungsrechtlich begrenzt. Ich fürchte, daß die Kultusministerkonferenz diese Aufarbeitung des DDR-Erbes nicht leisten wird.

Zur Struktur des Bildungssystems in den neuen Ländern gehört auch die andere Qualität und Verteilung der im dualen System gewohnten Lernorte. Es ist keine leichte Aufgabe, über die außerbetriebliche Nutzung von Werkstätten der ehemaligen Kombinate in den nächsten Jahren hinaus ein langfristig effektives Netz von überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu entwickeln. Dabei muß gleichzeitig ein Stück zukünftige Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstrukturen vorweggenommen werden. Alle Bemühungen, überbetriebliche Ausbildungsstätten gerade auch dafür nutzbar zu machen, verdienen die volle Unterstützung der Politik. Substanz und Ausstattung der Berufsschulen sind schlecht. Dies bestätigt die Forderung der SPD, mit einem Sonderprogramm des Bundes den neuen Ländern bei der Modernisierung der Berufsschulen gezielt unter die Arme zu greifen. Die Kommunen haben bisher offenbar die vielfältigen Zuwendungsprogramme des Bundes nicht dafür genutzt.

Das Problem der Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung, das auch im Westen immer neu auf dem Tisch liegt, ist mit der Lehrstellenbilanz vom Herbst dieses Jahres noch lange nicht gelöst. Das betrifft sowohl die Fortbildung der Ausbilder und Ausbilderinnen, die Qualität der Aufsicht durch die Kammern, die Schwierigkeit, Berufsbildungsausschüsse und Prüfungsausschüsse zu besetzen, als auch die Diskrepanzen zwischen Ausbildungsstellenangebot und Arbeitsmarkt. Gerade in den Berufen, die in den neuen Ländern Mangelware sind, werden die wenigsten Ausbildungsplätze angeboten. Die Bilanz vom Herbst ist ein erster Schritt auf einem langen Weg. Zum Jubeln gibt sie keinen Anlaß.

Über der Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt dürfen die erheblichen Probleme der Weiterbildung nicht übersehen werden. Hier gibt es viele Anbieter, die unter dem Beifall der Arbeitsämter eine schnelle Mark machen, damit die Statistik rosiger aussieht. Es fehlt an Bedarfsermittlung, an Qualitätssicherung, an Information und Beratung, an Weiterbildung der Lehrkräfte, an besonderem Lehrmaterial, an Managern für Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften. Der Einsatz von Prüfergruppen in den Arbeitsämtern wird jedoch nur wenig zur Qualitätsverbesserung beitragen. Da wäre es schon besser, wenn Nürnberg und das Bundesinstitut mit Hilfe von Trägern Bausteine für die Weiterbildung entwickelten, die auch bei der Auftragsvergabe an neue Träger verbindlich gemacht werden.

Das Zusammenwachsen der Berufsbildungssysteme ist nur ein Teil des Prozesses zur sozialen und kulturellen Einheit im vereinigten Deutschland. Weil es hier jedoch um die Entfaltungs- und Lebenschancen von Millionen Menschen geht, ist die Bedeutung dieses Teils des Einigungsprozesses nicht zu unterschätzen. Die Politik sollte sich dessen bei allen bevorstehenden Sparrunden immer bewußt sein. Die Bildungspolitiker und Bildungspolitikerinnen sind jedenfalls im Bundesinstitut aufs Neue dafür sensibilisiert worden.

Eckart Kuhlwein
MdB